
Presseinformation Nr. 596

7. Mai 2006

PILTZ:
Mit strafrechtlichen Maßnahmen lässt sich Integration nicht lösen

BERLIN. Zu den Forderungen des bayerischen Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber, nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz zur Einbürgerung, erklärt die innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Gisela PILTZ:

Nachdem das Problem der Integration jahrelang ignoriert wurde glaubt der bayerische Ministerpräsident offenbar, das Strafrecht als Schlüssel zur Lösung gefunden zu haben. Die Integration lässt sich aber nicht allein durch neue Gesetze lösen. Edmund Stoiber sollte seinen Reflex, auf Probleme grundsätzlich mit Strafandrohung oder Gesetzen zu reagieren, unter Kontrolle halten und keine überstürzten und unüberlegten Forderungen in den Raum stellen.

Am Ende eines Integrationsgipfels darf auf keinen Fall ein Strafkatalog stehen, sondern muss eine Konzept vorliegen, wie wir uns die Integration in Deutschland vorstellen. Strafandrohung sorgt nicht für Integration, sondern führt zum genauen Gegenteil, nämlich Ausgrenzung.

Dr. Christoph Steegmans
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@fdp-bundestag.de